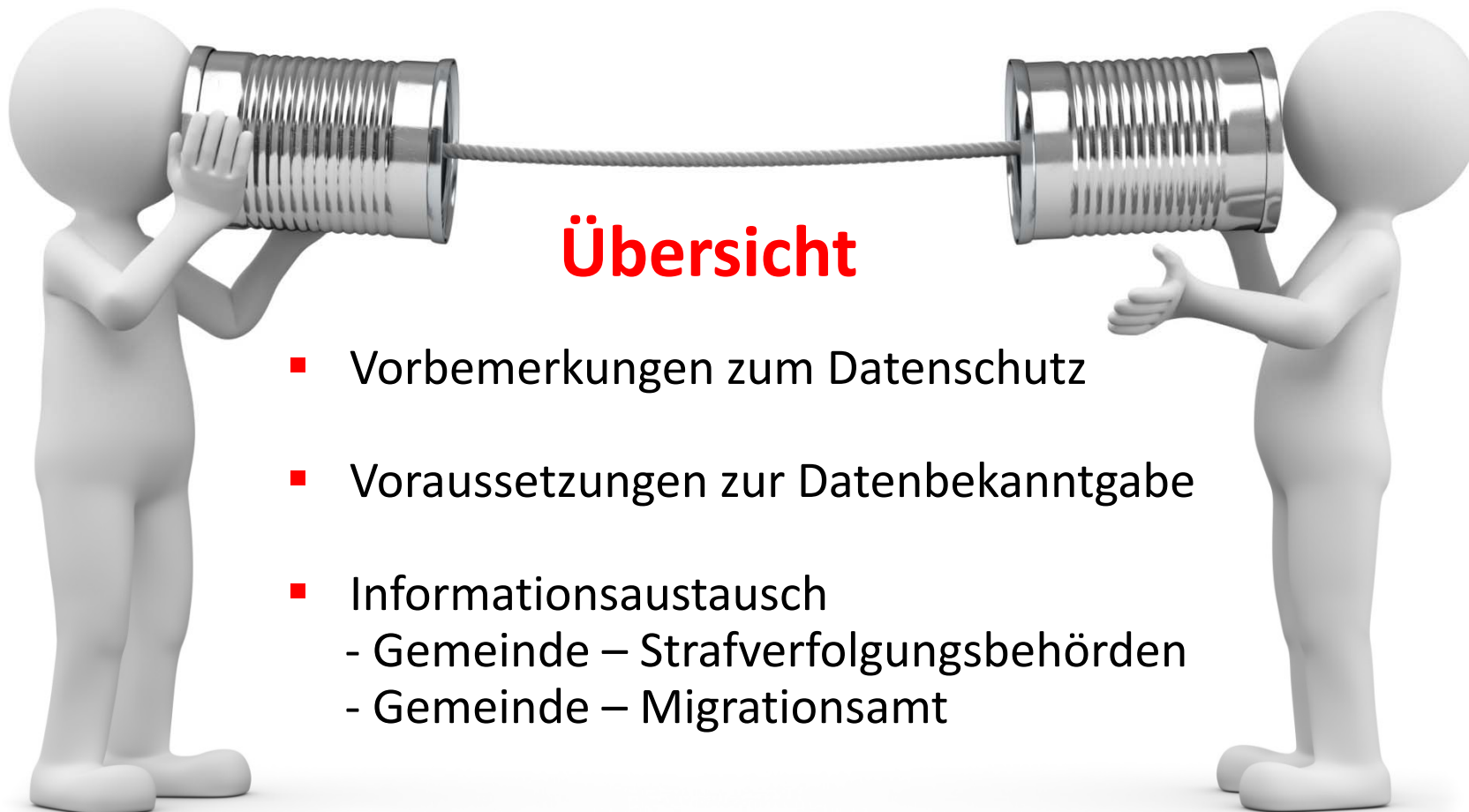




Informationsaustausch im Bereich Soziales

Matthias Guggisberg, lic. iur. Rechtsanwalt
Soziale Dienste Winterthur

Sommertagung der Sozialkonferenz des Kantons Zürich vom 28. Juni 2018



Übersicht

- Vorbemerkungen zum Datenschutz
- Voraussetzungen zur Datenbekanntgabe
- Informationsaustausch
 - Gemeinde – Strafverfolgungsbehörden
 - Gemeinde – Migrationsamt



Schutz der Privatsphäre

Der Datenschutz bezweckt den
Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte
von Personen, über die Daten bearbeitet werden.

«Jede Person hat Anspruch auf Schutz
vor Missbrauch ihrer persönlichen Daten.»

Art. 13 Abs. 2 der Schweizerischen Bundesverfassung



Personendaten

Der Datenschutz regelt den Umgang mit **Personendaten**, nicht aber mit Sachinformationen.

Personendaten

= Informationen einer bestimmten oder bestimmbarer Person:

- Adressen,
- Steuerdaten,
- etc.

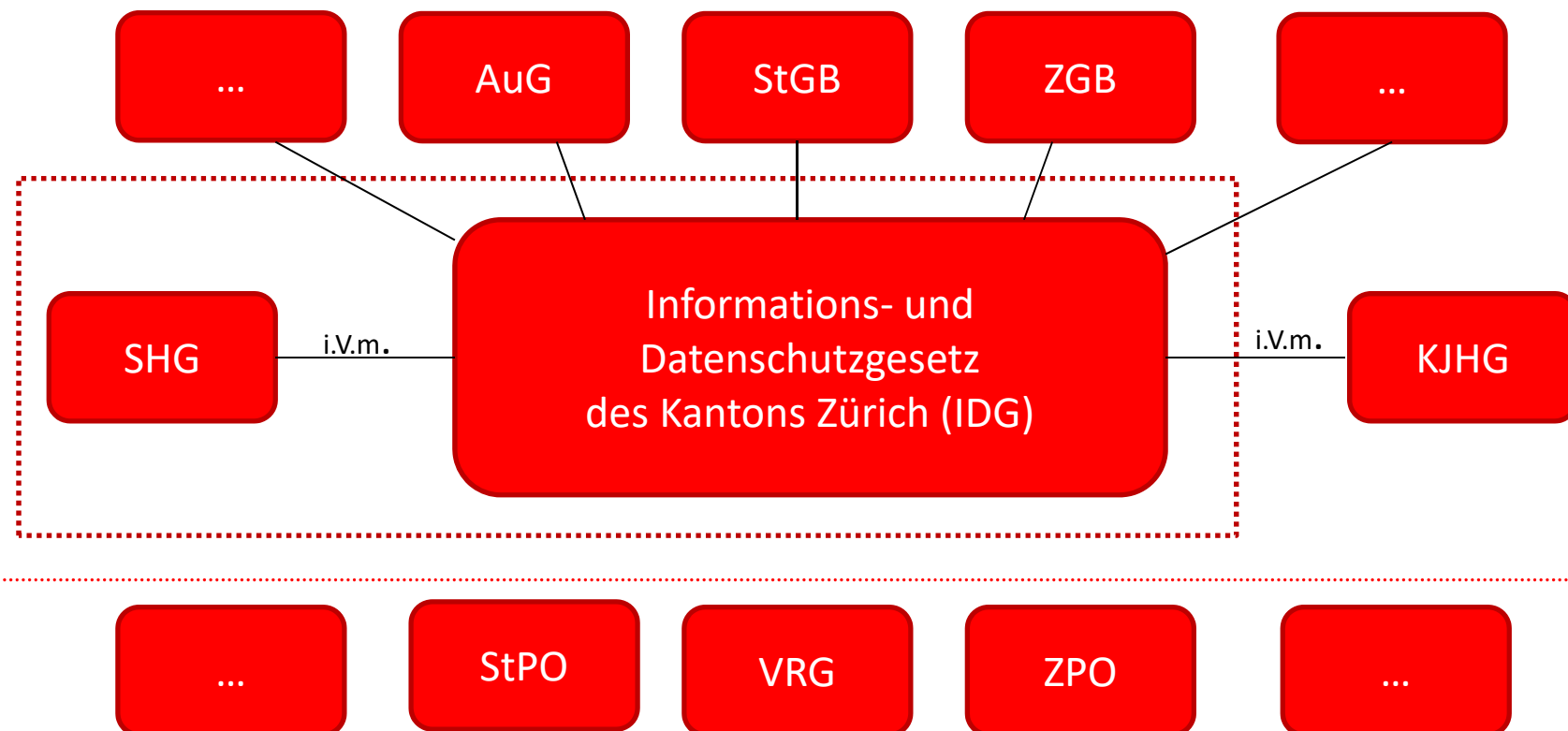
Besondere Personendaten

= Informationen mit besonderer Gefahr für einer Persönlichkeitsverletzung:

- Religiöse und weltanschauliche Ansichten
 - Gesundheit und Intimsphäre
 - **Massnahmen sozialer Hilfe**
- Admin. und strafrechtliche Verfahren



Anwendbares Recht





Informationsaustausch

Datenbekanntgabe



Vor der Bekanntgabe von [besonderen] Personendaten ist zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen diese zulässig ist.

Datenbeschaffung



Ebenfalls ist zu klären, unter welchen Voraussetzungen die Beschaffung von [besonderen] Personendaten zulässig ist.



Voraussetzungen zur Datenbekanntgabe

[Besondere] Personendaten dürfen bekannt gegeben werden, wenn

- eine [hinreichend bestimmte] **Rechtsgrundlage** dazu ermächtigt,
- eine **Einwilligung** der betroffenen Person vorliegt oder
- eine **drohende Gefahr für Leib und Leben** abgewendet werden kann.

Allgemeine Amtshilfe

Personendaten dürfen im Einzelfall auf Gesuch hin bekannt gegeben werden, soweit ein öffentliches Organ diese benötigt, um seine gesetzlichen Aufgaben erfüllen zu können.

[§§ 16 und 17 des Informations- und Datenschutzgesetzes des Kantons Zürich, IDG]



Interessenabwägung

Die Bekanntgabe ist (teilweise) zu verweigern oder aufzuschieben, wenn eine **rechtliche Bestimmung** oder ein **überwiegendes öffentliches** oder **privates Interesse** der Bekanntgabe entgegensteht.

Verhältnismässigkeit

Die Datenbekanntgabe ist nur erlaubt, wenn diese **notwendig** und **geeignet** ist.



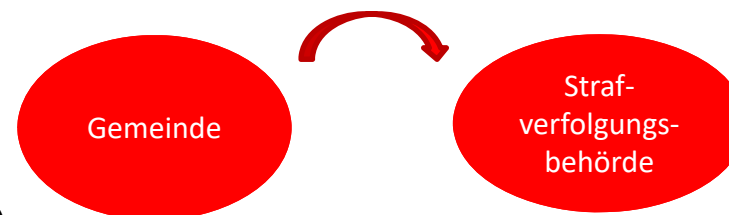
Zusammenfassung Datenbekanntgabe

1. Liegen [besondere] **Personendaten** vor?
2. Bekanntgabe erlaubt aufgrund
 - einer [hinreichend bestimmten] **Rechtsgrundlage**?
 - der **Einwilligung** der betroffenen Person?
 - einer drohender Gefahr für **Leib und Leben**?
 - einer **allgemeine Amtshilfe** auf Gesuch?
3. Können entgegenstehende **rechtliche Bestimmungen** oder **überwiegende öffentliche** oder **private Interessen** ausgeschlossen werden?
4. Ist die Bekanntgabe **geeignet** und **erforderlich**?
-> **Datenbekanntgabe erlaubt.**



Informationsaustausch Gemeinde - Strafverfolgungsbehörde

Informationsbekanntgabe



- Strafanzeigepflicht (§ 167 Abs. 1 Satz 1 GOG)
bei Officialdelikten (bei Vermögensdelikten ab Fr. 300.-; Art. 172^{ter} StGB)

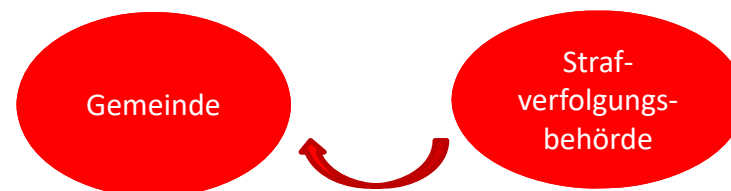
Was hat die Gemeinde bei Strafanzeigen im Bereich der Sozialhilfe zu beachten?

- Kenntnis der Tatbestände (§ 48a SHG, Art. 146 StGB, 148a StGB, 251 StGB)
- Beachten der Verjährungsfristen (nur 3 Jahre bei Übertretungen)
- Kenntnis Strafverfolgungsbehörden (Statthalter, Stadtrichter, Staatsanwaltschaft)
- Feststellung und Berechnung unrechtmässiger Bezüge durch Gemeinde
- Bei Landesverweisung gegebenenfalls Hinweis auf Lebenssituation



Informationsaustausch Gemeinde - Strafverfolgungsbehörde

Informationsbeschaffung

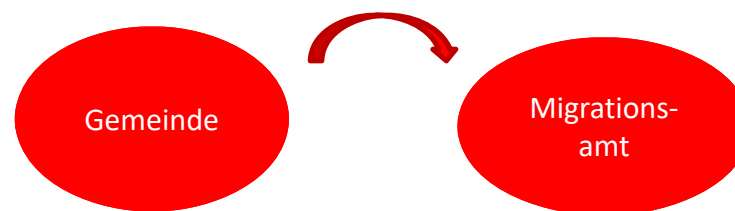


- Ein Strafanzeiger erhält grundsätzlich keine Informationen.
- Möglichkeit, als «Privatstrafkläger» Parteistellung zu haben mit Recht auf
 - Akteneinsicht
 - Teilnahme an Verfahrenshandlungen
 - Äusserung zur Sache und zum Verfahren
 - Stellen von Beweisanträgen
 - Erhebung von Rechtsmitteln
- Meldepflicht an Gemeinde bei unrechtmässigem Bezug (§ 47b Abs. 1 SHG)



Informationsaustausch Gemeinde - Migrationsamt

Informationsbekanntgabe

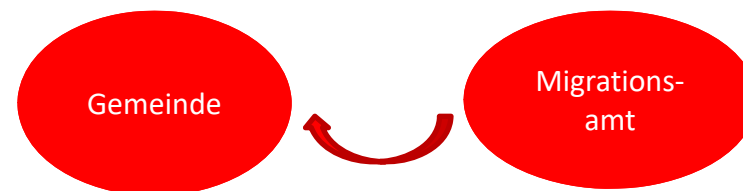


- Meldepflicht (Art. 97 Abs. 3 lit. d AuG, Art. 82 Abs. 5 VZAE) für Aufenthalter bei einem Sozialhilfebezug ab Fr. 25'000.-, für Niedergelassene ab Fr. 40'000.-, wenn weniger als 15 Jahre Aufenthalt in CH
- Melderecht nach § 47a SHG
- Rechtshilfeweise Angaben zu
 - Erheblichkeit und Dauerhaftigkeit des Sozialhilfebezugs
 - Grund des Sozialhilfebezuges (Kinderbetreuung, Gesundheitszustand, etc.)
 - Angaben zur Prüfung der Verhältnismässigkeit der Wegweisung



Informationsaustausch Gemeinde - Migrationsamt

Informationsbeschaffung



- Keine Mitteilung eines Wegweisungsentscheids an die Gemeinde.
- Auf Gesuch Auskunft an Gemeinde (allgemeine Amtshilfe)
- Neues Sozialhilfegesetz: Meldepflicht Wegweisungsverfügung (E-SHG § 71 Abs. 2)



Fragen & Anregungen an
matthias.guggisberg@win.ch